

Protokoll über die Sitzung des Beirates für Partizipation und Integration
vom 28.02.2023 im das Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. in der Urbanstraße 21 in 10961 Berlin

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

TOP 1 Protokollkontrolle

I Alle Mitglieder des Beirates für Partizipation und Integration Friedrichshain-Kreuzberg sowie die Gäste Sabine Böhme, Leiterin der Staatsangehörigkeitsbehörde Friedrichshain-Kreuzberg und Havva Bayram, Vertreterin des Beirates für Partizipation und Integration des Bezirks Tempelhof-Schöneberg werden durch das Vorstandsmitglied Tülay Usta begrüßt. Das Vorstandsmitglied Ugur Sürücü / Alevitische Gemeinde zu Berlin e.V. erklärt seinen Rücktritt vom Amt des Vorstandes, die Mitgliedschaft im Beirat wird weiterhin beibehalten. Über die Nachbesetzung wird in der nächsten Sitzung abgestimmt.

V Auf Anregung von Sermin Doganay / TIO e.V. wird die Tagesordnung durch den TOP 5 „Terminvergabe beim Landesamt für Einwanderung (LEA)“ erweitert.

Das Sitzungsprotokoll vom 01.12.2022 wird in der vorliegenden Form angenommen.

I TOP 3 Einbürgerung / BE: Sabine Böhme, Leiterin der Staatsangehörigkeitsbehörde des BA F-K (vorgesprochen)

Situation allgemein:

Im Frühjahr 2022 hat der Senat beschlossen, dass Einbürgerungsverfahren zentral durch das Land Berlin und nicht wie bisher durch die Bezirke bearbeitet werden sollen. Nach dem aktuellen Planungsstand wird zum 1. Januar 2024 die Zentralisierung der Staatsangehörigkeitsangelegenheiten durch das Landesamt für Einwanderung (LEA) umgesetzt. Durch die Zentralisierung beim LEA, ein digitales Verfahren und eine einheitliche, einbürgerungsfreundliche Entscheidungspraxis sollen Einbürgerungsverfahren beschleunigt und die Einbürgerungsquote im Land Berlin erhöht werden. Wie sich der Wechsel in die neu zu schaffende Zentrale Einbürgerungsbehörde gestalten wird, ist momentan in Klärung. Ob alle Vorgänge zu einem Stichtag an das LEA übergehen sollen oder die Zentrale Einbürgerungsbehörde ausschließlich Neuanträge annehmen wird und die bestehende Vorgänge von bezirklichen Staatsangehörigkeitsbehörden abschließend bearbeiten werden, ist noch offen. In diesem Zusammenhang ist in vielen bezirklichen Staatsangehörigkeitsbehörden eine personelle Abwanderung zu vermerken.

Situation im Bezirk:

Bis jetzt sind keine Veränderungen der personellen Situation zu vermerken, noch sind alle Stellen besetzt. Trotzdem bleibt die Situation hinsichtlich langen Bearbeitungszeiten und Terminwartezeiten angespannt. Prioritär werden Bestandsfälle abgearbeitet. Es gelingt jedoch ein Gleichgewicht

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

zwischen der Anzahl der Antragseingänge und der Erledigungen zu halten. Spätestens ab Mitte des Jahres werden die neu eingehende Anträge noch erfasst, nicht mehr bearbeitet, sondern für die Übergabe an LEA vorbereitet. Im Durchschnitt dauert die Bearbeitung eines Antrages ab Antragstellung bis zur Entscheidung ein Jahr. Überwiegende Gründe dafür sind zum einen, dass an dem Verfahren mehrere Behörden zu beteiligen sind und zum anderen, dass die Anträge nach der Reihenfolge des Eingangs bearbeitet werden.

I Fragen und Antworten

Wieviel Anträge pro Woche werden entschieden?

- Im Bezirk werden ca. 1.400 Anträge im Jahr positiv entschieden, also ca. 200 im Monat.

Wie hoch ist die Ablehnungsquote?

- unter 10%

Wie ist die Behörde am besten zu erreichen?

- Die Staatsangehörigkeitsbehörde ist gut per E-Mail einbuengerung@ba-fk.berlin.de sowie telefonisch Mo.-Fr. von 09 - 12 Uhr unter (030) 90298-3074 erreichbar. Über die laufenden Vorgänge werden telefonisch keine Auskünfte gegeben, nur allgemeine Informationen.

Wie hoch sind Kosten für die Beantragung der Einbürgerung?

- Die Gebühren betragen 255 € pro Person und 51 € für minderjährige Kinder, die zusammen mit Erwachsenen einen Antrag stellen.

Was führt zur negativen Entscheidung?

- Die Ablehnungsgründe sind u. a. Vorstrafen, fehlende Sprachkenntnisse (unter B1-Niveau) und der Bezug von öffentlichen Leistungen. Schufa-Einträge werden nicht geprüft.

Ist ein Sprachnachweis erforderlich?

- Ja. Beim Vorliegen eines in Deutschland erworbenen Schulabschlusses ist ein Nachweis nicht erforderlich. Altersbedingt kann auf einen Sprachnachweis verzichtet werden: im Land Berlin ist ab dem 65. Lebensjahr kein Sprachnachweis erforderlich.

Muss der Antrag am Wohnort gestellt werden?

- Ja. Der Antrag ist nur bei der Staatsangehörigkeitsbehörde des Wohnbezirkes zu stellen. Ein Mietvertrag bzw. Untermietvertrag muss vorgelegt werden.

Werden im Zusammenhang mit der Zentralisierung der Einbürgerungsbehörden neue Stellen zur Verfügung gestellt?

- Interessierte Mitarbeitende der Staatsangehörigkeitsbehörde können nach erfolgter Interessenbekundung von LEA übernommen werden. Für Mitarbeitende, die es nicht wünschen, besteht die Möglichkeit im Bezirksamt nach Vakanzen zu schauen, um in andere Fachbereiche zu wechseln. Das LEA wird mehrere Stellen zur Verfügung stellen, sodass voraussichtlich im Frühjahr 2023 eine Ausschreibung auch für externe Interessierte geben wird.

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

Wie heterogen ist die Staatsangehörigkeitsbehörde aufgestellt?

- Die Behörde besteht überwiegend aus weiblichen Mitarbeiterinnen und wenigen männlichen Mitarbeiter mit und ohne Migrationsgeschichte. In bestimmten Zeitabständen werden allen Mitarbeitenden die Schulungsangebote wie z. B. Fortbildung im Bereich Diversity angeboten.

TOP 5 Terminvergabe beim Landesamt für Einwanderung (LEA) (vorgeschoben)

I Sermin Doganay / TIO e.V. weist auf die Problematik der Terminvergabe beim LEA hin. Online-Termine zur Verlängerung/Beantragung eines Aufenthaltstitels sind mehrere Monate im Voraus ausgebucht, telefonisch ist das LEA nicht erreichbar und die digitalen Anfragen mittels Kontaktformulars bleiben unbeantwortet. Aus Verzweiflung werden von den Betroffenen die Beratungsstellen angelaufen, nachdem auch Vor-Ort-Terminanfragen beim LEA nicht zielführend waren. Dies führt aufgrund dieser zeitintensiven Aufgaben zunehmend zur Überlastung der Beratungsstellen. Diese Problematik wurde bereits in den verschiedensten Gremien auf Bezirksebene thematisiert und auf die in diesem Zusammenhang drohenden Konsequenzen für die Betroffenen verwiesen. Ferner wurde der Ombudsmann beim Landesamt für Einwanderung, Wolfgang Wieland kontaktiert und nach möglichen Problemlösungen gefragt. Darauf hin, wurde eine Rückmeldung mit folgendem Hinweis erhalten (auszugsweise):

„...Wenn es mit der Online-Terminvereinbarung nicht klappt, kann immer eine E-Mail an die Referate geschickt werden. Dort gibt es automatisch eine Antwort, die auch auf die Fiktionswirkung der Antragstellung hinweist. Etliche andere Behörden und auch Arbeitgeber kennen und akzeptieren dies...“

F Der Beirat beschließt das Problem folgendermaßen anzugehen:

1. Die Betroffenen darüber zu informieren, dass eine automatische Antwort des jeweiligen Referats auf die Fiktionswirkung der Antragstellung hinweist. Die entsprechende Liste der zuständigen Referate beim LEA sowie ein Muster des Antragsformulars zur Terminvereinbarung wird per E-Mail an die Beiratsmitglieder verschickt.
2. Der Hinweis des Ombudsmanns (auszugsweise) soll über Social-Media-Kanäle der Beiratsmitglieder sowie auf deren Webseiten veröffentlicht werden.
3. Ein offener Brief wird vom Vorstand verfasst und veröffentlicht.
4. Andere Partizipationsbeiräte sollen miteinbezogen werden.

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

<p>F</p>	<p>TOP 4 Aktion zum 21.03.2023 (int. Tag gegen Rassismus) Aufgrund der knappen Vorbereitungszeiten beschließt der Beirat keine eigene Aktion in diesem Jahr durchzuführen, sich aber der Aktionen von einzelnen Träger anzuschließen (bspw. bei AWO e.V.). Zukünftig soll für die rechtzeitige Planung von div. Aktionen des Beirates, eine UAG gegründet werden. Anlässlich der int. Wochen gegen Rassismus wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Beirates ein Statement des Beirates auf der Werbetafel der Mercedes-Benz-Arena in der Woche vom 20.03. - 26.03.2023 projiziert. Des Weiteren werden zwei Banner mit Statement zu Rassismus in Größe 3 m x 1 m und ein in Größe 5 m x 1,5 m produziert. Diese werden vor Ort bei Kotti e.V., AWO e.V. und am Dienstgebäude des Bezirksamtes in der Yorckstraße angebracht.</p>
<p>H</p>	<p>TOP 2 Ergebnisse der Workshopreihe zum Selbstverständnis des Beirates für Partizipation und Integration Wird auf die nächste Sitzung vertagt</p>
<p>T</p>	<p>Nächste Sitzung des Beirates Die nächste Beiratssitzung findet am 18. April 2023 um 17 Uhr in der alten Kantine des Rathaus Kreuzberg in der Yorckstraße 4 - 11 in 10965 Berlin statt.</p>